

GEMEINSAME VERANTWORTUNG, GLOBALE SOLIDARITÄT:

Bewältigung
der sozioökonomischen
Auswirkungen von COVID-19

März 2020

INHALT

- I. EINLEITUNG 1
- II. DIE VERBREITUNG EINDÄMMEN, DIE PANDEMIE STOPPEN UND LEBEN RETTEN 3
- III. SOZIALE, WIRTSCHAFTLICHE UND MEHRDIMENSIONALE AUSWIRKUNGEN 9
 - Verheerende Auswirkungen auf die Menschen und die formelle und informelle
Wirtschaft 9
 - Komplexe Folgen, die uns alle treffen 9
 - Auswirkungen auf die Agenda 2030 und das Übereinkommen von Paris 12
 - Politische Führungsstärke und Kooperation zur Bekämpfung von COVID-19 12
- IV. ZUKUNFTSTRÄCHTIGE LÖSUNGEN ZUR FOLGENBEWÄLTIGUNG 15
 - A. Globale Maßnahmen, die dem Ausmaß der Krise entsprechen 16
 - B. Mobilisierung auf regionaler Ebene 17
 - C. Nationale Solidarität ist unerlässlich, damit niemand zurückgelassen wird 19
- V. PARTNERSCHAFTEN FÜR EINE SCHNELLERE GLOBALE ANTWORT AUF COVID-19 23
- VI. WIR WERDEN DIESE HUMANITÄRE KRISE ÜBERWINDEN UND GESTÄRKT
AUS IHR HERVORGEHEN 25

I. EINLEITUNG

Wir sind mit einer globalen Gesundheitskrise konfrontiert, wie es sie in der 75-jährigen Geschichte der Vereinten Nationen noch nie gegeben hat – einer Krise, die Menschen tötet, menschliches Leid verbreitet und unser Leben auf den Kopf stellt. Es ist weit mehr als eine Gesundheitskrise. Es ist eine Menschheitskrise. Die Coronavirus-Krankheit (COVID-19) greift Gesellschaften in ihrem Kern an. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat soeben die Wachstumsaussichten für 2020 und 2021 neu bewertet und festgestellt, dass wir am Beginn einer schweren Rezession stehen, mindestens vergleichbar mit der von 2009. Der IWF rechnet mit einer Erholung im Jahr 2021 nur dann, wenn es der Welt gelingt, das Virus einzudämmen und die notwendigen wirtschaftlichen Maßnahmen zu ergreifen.¹

Angesichts dieser Ausnahmesituation in der jüngeren Geschichte muss das Aufgebot an Kreativität es mit der Beispiellosigkeit der Krise aufnehmen können – und die Größenordnung der Reaktion mit dem Ausmaß der Krise. Kein Land wird diese Krise alleine überwinden können.

Dieser Bericht ist ein Aufruf zum Handeln, zum Ergreifen sofortiger Gesundheitsmaßnahmen, um die Übertragung des Virus zu hemmen und die Pandemie zu stoppen, ein Aufruf dazu, die vielfältigen sozialen und wirtschaftlichen Dimensionen der Krise anzugehen. Vor allem ist es ein Aufruf dazu, sich insbesondere für diejenigen einzusetzen, die ohnehin exponiert sind – Frauen, Jugendliche, Geringverdienende, kleine und mittlere Unternehmen, den informellen Sektor und andere Gruppen in prekären Situationen.

Ganze Gesellschaften müssen sich zusammenfinden. Jedes Land muss sich der Herausforderung stellen, indem der öffentliche Sektor, die Privatwirtschaft und die Zivilgesellschaft von Anfang an zusammenwirken. Aber nationale Maßnahmen

allein werden dem globalen Ausmaß und der Komplexität der Krise nicht gerecht werden. Vonseiten der führenden Volkswirtschaften der Welt ist jetzt koordiniertes, entschlossenes und innovatives politisches Handeln erforderlich sowie ein Höchstmaß an finanzieller und fachlicher Unterstützung für die ärmsten und verwundbarsten Menschen und Länder, da diese am stärksten betroffen sein werden. Angesichts der weltweiten wirtschaftlichen und sozialen Verflechtungen und des internationalen Handels sind wir nur so stark wie das schwächste Gesundheitssystem.

Der erste Schritt besteht darin, Gesundheitsmaßnahmen in die Wege zu leiten, die so solide und von einem solchen Maß an Kooperation getragen sind, dass sie alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen. Die Ausgaben für die Gesundheitssysteme müssen sofort hochgefahren werden, um dem dringenden Bedarf und der rapide steigenden Nachfrage nach Tests, erweiterten Behandlungseinrichtungen, ausreichenden medizinischen Versorgungsgütern und mehr Gesundheitsfachkräften zu begegnen und die Gesundheitssysteme in den Ländern, in denen das Virus noch nicht in Erscheinung getreten ist oder sich in der Bevölkerung bislang nicht ausgebreitet hat, entsprechend vorzubereiten und handlungsfähig zu machen.

Vor allem gilt es, die multilateralen Bemühungen zur Eindämmung der Virusübertragung und zum Stoppen der Pandemie unter der Führung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu unterstützen. Ihren Appellen ist uneingeschränkt Folge zu leisten. Die wissenschaftliche Zusammenarbeit bei der Suche nach einem Impfstoff und wirksamen Therapeutika muss durch Initiativen wie die Solidaritätsstudien der WHO gefördert werden. Ein uneingeschränkter Zugang zu Impfstoffen und Behandlung muss ohne Stigmatisierungen

¹ <https://www.imf.org/en/News/Articles/2020/03/27/sp032720-opening-remarks-at-press-briefing-following-imfc-conference-call>

und unter voller Achtung der Menschenrechte und Geschlechtergleichstellung sichergestellt werden.

Der zweite Schritt besteht darin, alles zu tun, um die Folgen der Kettenreaktion für das Leben von Millionen von Menschen, ihre Lebensgrundlagen und die Realwirtschaft abzufangen. Das heißt: direkte Bereitstellung von Mitteln zur Unterstützung von Erwerbstätigen und Haushalten, Absicherung durch Kranken- und Arbeitslosenversicherung, Ausweitung des Sozialschutzes und Unterstützung von Unternehmen, um Konkurse und massive Arbeitsplatzverluste zu verhindern. Es bedeutet auch, dass fiskal- und geldpolitische Maßnahmen so gestaltet werden müssen, dass die Last nicht bei den Ländern aufschlägt, die sie am wenigsten tragen können.

Eine groß angelegte, koordinierte und umfassende multilaterale Reaktion, die mindestens 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aller Länder entspricht, ist heute nötiger denn je. Diese Krise trifft wirklich alle. Es liegt im Interesse aller, dafür zu sorgen, dass die Entwicklungsländer beste Aussichten auf eine Bewältigung dieser Krise haben, denn sonst besteht die Gefahr, dass COVID-19 die wirtschaftliche Erholung auf lange Zeit bremst.

Der dritte Schritt besteht darin, aus dieser Krise zu lernen und den Wiederaufbau besser zu gestalten. Wären wir bei der Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung und des Übereinkommens von Paris über Klimaänderungen weiter vorangeschritten, könnten wir dieser Herausforderung besser begegnen – mit leistungsfähigeren Gesundheits-

systemen, weniger Menschen in extremer Armut, weniger Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, einer gesünderen natürlichen Umwelt und widerstandsfähigeren Gesellschaften. Wir müssen die Chance, die uns diese Krise bietet, nutzen, um unser Engagement für die Umsetzung der Agenda 2030 und der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung zu verstärken. Wenn wir auf dem global abgestimmten Weg in eine inklusivere und nachhaltigere Zukunft vorankommen, können wir auf künftige Krisen besser reagieren.

Die Empfehlungen in diesem Bericht sollen Regierungen und Partner zu dringendem Handeln befähigen und antreiben.

Das System der Vereinten Nationen und unser globales Netz aus Regional-, Subregional- und Landesbüros, die sich für Frieden, Menschenrechte, nachhaltige Entwicklung und humanitäre Hilfe einsetzen, werden in Zusammenarbeit mit unseren Partnern alle Regierungen unterstützen, um sicherzustellen, dass in allererster Linie Menschenleben gerettet und Existenzgrundlagen wiederhergestellt werden und die Weltwirtschaft und die Menschen, denen wir dienen, gestärkt aus dieser Krise hervorgehen. Das ist die Logik der Aktionsdekade zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung. Mehr als je zuvor brauchen wir Solidarität, Hoffnung sowie den Willen und die Zusammenarbeit der Politik, um diese Krise gemeinsam zu überwinden.

II. DIE VERBREITUNG EINDÄMMEN, DIE PANDEMIE STOPPEN UND LEBEN RETTEN

In nur 12 Wochen hat sich ein anfangs lokal begrenzter Ausbruch einer neuartigen Coronavirus-Krankheit (COVID-19) zu einer grassierenden Pandemie entwickelt, die inzwischen mehr als 199 Länder und Hoheitsgebiete erfasst hat. Bis zum 26. März wurden der WHO 416.686 bestätigte Fälle von COVID-19 und 18.589 Tote gemeldet, und das ist nur die Spitze des Eisbergs.

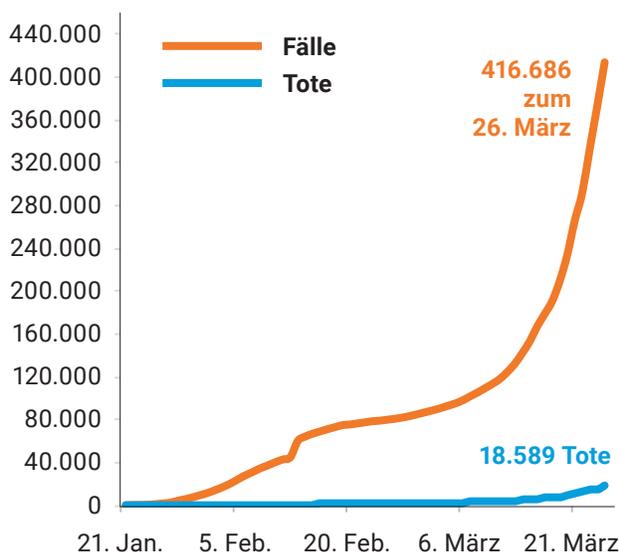
Die Krankheit verursacht unterschiedlich schwer verlaufende Atemwegsinfektionen und ist leicht übertragbar. Hat ein Ausbruch die Phase erreicht, in der sich die Krankheit in der Bevölkerung ausbreitet, kann sich die Zahl der Fälle alle drei bis fünf Tage verdoppeln. Der rasche und sprunghafte Anstieg der Krankenhauseinweisungen kann leicht zu einer Überforderung der nationalen Gesundheitssysteme führen. Durchschnittlich 20 Prozent der Infizierten

entwickeln schwere oder lebensbedrohliche Symptome, die Letalität beträgt deutlich mehr als 1 Prozent, und für ältere Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen liegt sie weit darüber.

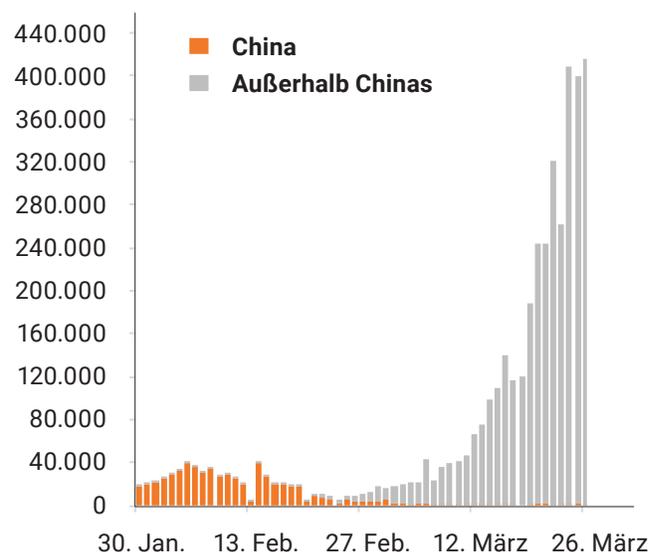
Bereits jetzt sind die Schnelligkeit und das Ausmaß der Verbreitung, die Schwere der Fälle sowie die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Störwirkungen dramatisch, was sich mit einem Übergreifen auf ärmere Länder noch verschärfen könnte. Auch wenn die Entwicklung von Impfstoffen gegen COVID-19 in beeindruckender Weise vorankommt und die ersten Studien schon 60 Tage nach Chinas Weitergabe der Gensequenz des Virus begannen, steht doch ein weithin verfügbarer Impfstoff für die nächsten 12 bis 18 Monate nicht zu erwarten.

ABBILDUNG 1: EINE SICH RASCH AUSBREITENDE GLOBALE PANDEMIE

Kumulative Zahl der COVID-19-Fälle



Täglich gemeldete neue Fälle



Quelle: WHO

Unterschiedliche landesspezifische Szenarien erfordern eine maßgeschneiderte Reaktion, je nachdem ob in einem Land keine Fälle, sporadische Fälle, lokal gehäufte Fälle oder eine größere Ausbreitung in der Bevölkerung vorliegen. Durch wirksame physische Distanzierung, einschließlich Quarantäne, Isolierung und sogar Abriegelung, durch Tests und die Rückverfolgung von Kontakten können viele Länder noch entscheidend eingreifen, um die weitere Ausbreitung einzudämmen und die Übertragung des Virus rasch zu drosseln. Dies muss für alle Länder höchste Priorität haben, denn es ist der wirksamste Weg, Leben zu retten und die Weltwirtschaft zu schützen. Viele Länder verfügen jedoch nicht über die notwendigen Ressourcen, um für diese Krise vorzusorgen.

Alle Führungsverantwortlichen in Staaten und Unternehmen, im Finanzbereich, in der Wissenschaft und in den Gemeinwesen müssen entscheiden, dringlich und koordiniert vorgehen, um die Übertragung des Virus so rasch wie möglich einzudämmen und der Pandemie Einhalt zu gebieten.

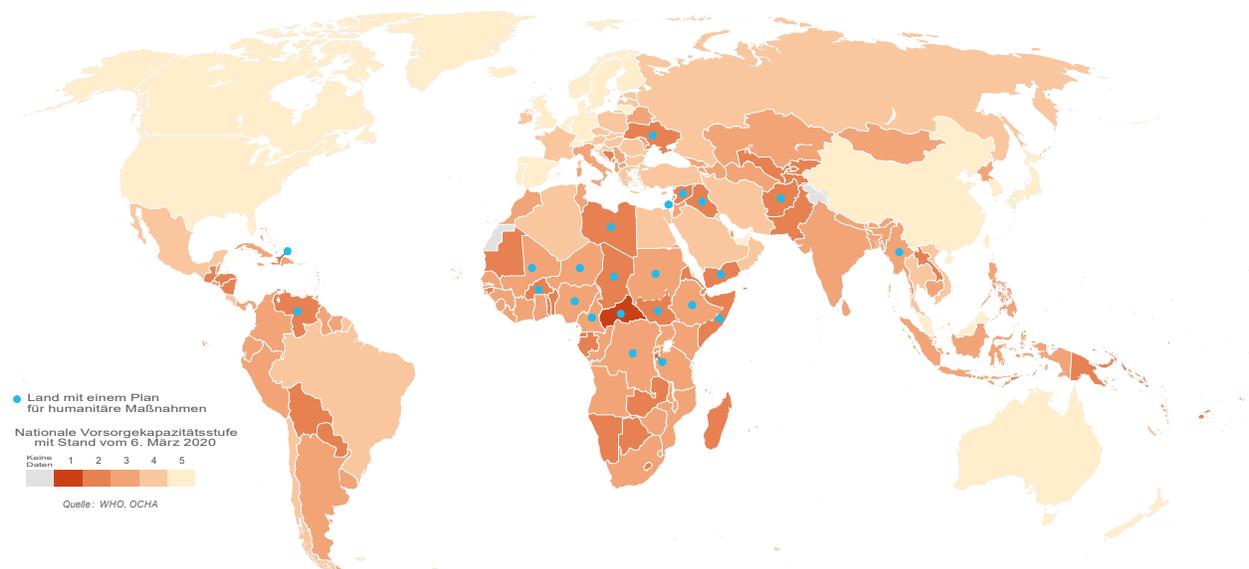
DIE VEREINTEN NATIONEN VERPFLICHTEN SICH, IHRER ARBEIT IN ALLEN LÄNDERN DIE FOLGENDEN EMPFEHLUNGEN ZUGRUNDE ZU LEGEN:

1. Durch entschlossene und frühzeitige Maßnahmen die weitere Ausbreitung von COVID-19 verhindern

Alle Länder müssen die erforderlichen Maßnahmen zur Verhütung, Eindämmung und Aufhaltung der Übertragung sofort großflächig ausweiten, unter anderem indem sie

- Vorbereitungen treffen und sich bereithalten; dies gilt insbesondere für diejenigen Länder, in denen keine oder nur vereinzelte Fälle aufgetreten sind.
- alle mutmaßlich Infizierten so rasch wie möglich testen und ihren Status feststellen. Dies ist unerlässlich, um sicherzustellen, dass die Übertragung eingedämmt werden kann, und um lebensrettende Maßnahmen zu optimieren.

ABBILDUNG 2: NATIONALE VORSORGEKAPAZITÄTEN BETREFFEND COVID-19



Quelle: WHO, OCHA

Die in dieser Karte abgebildeten Grenzlinien, Namen und verwendeten Bezeichnungen implizieren weder offizielle Unterstützung noch Akzeptanz durch die Vereinten Nationen.

- Quarantäne- und andere Maßnahmen treffen, die die Bewegung von Menschen strikt einschränken, den Kontakt zwischen Menschen durch die Schließung von Büros, Betrieben und Schulen und durch physische Distanzierung insgesamt reduzieren und die Bevölkerung über den Beitrag des Händewaschens zum Infektionsschutz aufklären.
- für eine sichere und wirksame medizinische Betreuung sorgen, um alle COVID-19-Fälle effektiv zu isolieren, Gesundheitsfachkräfte zu schützen und mittels einer wirksamen Steuerung der Lieferkette unverzichtbare medizinische Versorgungsgüter bereitzuhalten.
- Erkenntnisse weitergeben und neue Diagnostika, Medikamente und Impfstoffe entwickeln und verteilen. Es ist entscheidend, von anderen Ländern zu lernen und die nationalen Strategien und Richtlinien anhand neuer Erkenntnisse fortlaufend zu bewerten und regelmäßig zu aktualisieren.
- unterschiedliche Auswirkungen auf einzelne Bevölkerungsteile umfassend berücksichtigen, benachteiligte Gruppen in allen Gesellschaften einbeziehen und die höchsten Menschenrechtsstandards einhalten.
- die Fortschritte im Gesundheitswesen erhalten, darunter die Beseitigung der Poliomyelitis und die hohen Quoten an Impfungen gegen Masern, Poliomyelitis und Cholera.

Es gilt, die Bewegung von Personal und Gütern, die für die Bekämpfung von COVID-19 unverzichtbar sind, weiter zu ermöglichen. Neue Einschränkungen der nationalen und internationalen Bewegung solcher Personen und Güter sind unannehmbar. Über die Zusammenarbeit bei Impfstoffen und Therapeutika hinaus müssen Herstellung und Verteilung von unverzichtbarer medizinischer Ausrüstung wie Desinfektionsmitteln und Sterilisierungsprodukten, Masken und Beatmungsgeräten auf internationaler Ebene koordiniert und gefördert werden.

2. Die Resilienz von Gesundheitssystemen dringend stärken

Alle Länder sollten mit größter Dringlichkeit umfassende Gesundheitsstrategien umsetzen, die darauf gerichtet sind, Übertragungen einzudämmen und zu verhindern, dass sie sich wie ein Lauffeuer fortsetzen.

Die Entwicklung, Herstellung, Verfügbarkeit und Verteilung der nachstehenden Artikel muss sofort hochgefahren werden:

- ✓ **Labor-Diagnosesets, Reagenzien und Trägermaterialien** sowie Infrastruktur, um sicherzustellen, dass alle, die getestet werden müssen, auch getestet werden, um die Übertragungsquote zu senken und eine situationsgerechte nationale Reaktion zu ermöglichen.
- ✓ **Unverzichtbare medizinische Versorgungsgüter**, wobei sicherzustellen ist, dass die **Versorgungsketten** geschützt sind, Vorrang erhalten und weiter wirksam funktionieren und dass diese Güter auf der Grundlage des Bedarfs verteilt werden.
- ✓ **Neue Diagnostika, Medikamente und Impfstoffe** für alle, die sie benötigen, wobei der gleichgestellte Zugang zu gewährleisten ist.
- ✓ **Darüber hinaus müssen globale Daten, Situationsbewertungen, Informationen, Wissen und Erkenntnisse** generiert und weitergegeben werden.

3. Entwicklungsländern mit schwächeren Gesundheitssystemen dringend Unterstützung bereitstellen

Die an sich schon gefährdeten Menschen sind dieser Krise gegenüber am anfälligsten: Menschen, die in Kriegs- und Verfolgungssituationen festsitzen oder davor fliehen; solche, die ohnehin schon in dicht besiedelten und unterversorgten Gebieten leben; diejenigen, deren Lebenssituation aus anderen Gründen instabil geworden ist und die keinen Zugang zu sozialer und politischer Grundabsicherung oder zu sonstigen Unterstützungssystemen haben. Bevölkerungsreiche Länder mit einem großen informellen Sektor sind besonders gefährdet. Das Risiko, dass sich die Krankheit in prekären Kontexten und in armen, dicht besiedelten städtischen Gebieten und Slums festsetzt, wo eine Selbstisolierung unmöglich ist, birgt mit einer weiteren Ausbreitung des Virus über die ganze Welt ein Risiko für uns alle.

Überdies sind mehr als 50 Prozent der Landbevölkerung und mehr als 20 Prozent der Stadtbevölkerung weltweit nicht gesetzlich krankenversichert². Sauberes Wasser und grundlegende sanitäre Einrichtungen sind für 2,2 bzw. 4,2 Milliarden Menschen unzugänglich, was sie des einfachsten und wirksamsten Schutzes vor dem Virus beraubt, nämlich häufiges Händewaschen. Auch hier sind die ärmsten und exponierteren Menschen im Nachteil. Entwicklungsländer wenden im Durchschnitt nur rund 2 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für das Gesundheitswesen auf, wogegen der globale Durchschnitt bei 4,7 Prozent liegt. Ohne weltweite Solidarität und Unterstützung werden auch die globalen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus viele Menschen nicht erreichen.

Daher ist es unverzichtbar,

- die Finanzierung humanitärer Maßnahmen aufrechtzuerhalten, um sicherzustellen, dass die 100 Millionen Menschen, die humanitäre Hilfe am dringendsten benötigen, diese weiter erhalten.

- die von der WHO gemeinsam mit humanitären Hilfsorganisationen eingeleiteten Maßnahmen zur Bekämpfung von COVID-19 rasch und entschieden zu unterstützen, um mindestens 51 der verwundbarsten und am heftigsten von Konflikten betroffenen Länder im Nahen Osten, in Asien, Afrika und Lateinamerika Hilfe bereitzustellen. Andernfalls werden in diesen Ländern die Auswirkungen auf die Bevölkerung besonders schwerwiegend und deren Gesundheitssysteme am wenigsten in der Lage sein, der Krise zu begegnen.
- dem Aufruf des Generalsekretärs zu einer weltweiten Waffenruhe zu folgen. Kriegführende Parteien in aller Welt müssen ihre Waffen niederlegen, um den größeren Kampf gegen den gemeinsamen Feind COVID-19, der jetzt alle Menschen bedroht, zu unterstützen.
- außerhalb des humanitären Bereichs für eine wirksame Abstimmung des Finanz-Ökosystems zu sorgen, um eine höhere Wirkung vor Ort zu erzielen.

4. Hindernisse ausräumen und den freien und sofortigen Zugang zu Forschungsergebnissen gestatten und sicherstellen, dass Impfstoffe und Medikamente für alle Menschen zugänglich sind

Die Welt benötigt dringend eine gemeinsame Vision und einen gemeinsamen Aktionsplan, um die aktuellsten Fortschritte in der Forschung, bei neuen Technologien und neuen Datenquellen im Kampf gegen COVID-19 zum Tragen zu bringen. Die Sektoren Wissenschaft und Technologie müssen eine führende Rolle übernehmen, damit diese Pandemie besiegt und ihre potenziellen Auswirkungen auf die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung abgemildert werden können. Es bedarf neuer normativer Rahmen für eine offene Wissenschaft und einer Zusammenarbeit der Regelungsbehörden, um

² International Labour Organization, World Social Report 2017-2019, in Englisch verfügbar unter https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/---publ/documents/publication/wcms_604882.pdf

Hürden bei der Entwicklung von Impfstoffen und bei Behandlungen im Rahmen klinischer Studien zu beseitigen.

Die Länder müssen zusammenarbeiten, um einen wissenschaftlich fundierten, kooperativen Ansatz für die Zuweisung knapperer Ressourcen auf der Grundlage einer kollektiv ausgerichteten Ermittlung des Bedarfs an öffentlichen Gesundheitsleistungen zu erarbeiten. Tun sie dies nicht, lagern wichtige Ressourcen ungenutzt dort, wo sie nicht gebraucht werden, und sind im entscheidenden Moment am Ort des Bedarfs nicht verfügbar. Dies bringt uns alle in Gefahr. Die Vereinten Nationen stehen bereit, alle Maßnahmen zusammenzuführen und zu unterstützen.

5. Unternehmen und Betriebe sind aufgefordert, sich der Herausforderung zu stellen

Viele Unternehmen helfen das Gesundheitswesen zu stützen. Pharmazeutische Unternehmen und staatliche Stellen arbeiten gemeinsam daran, die Testkapazitäten zu erhöhen, während Hersteller die Umrüstung bestehender oder die Einrichtung neuer Fertigungslinien zur Herstellung von Schutzmasken und Beatmungsgeräten anbieten. Technologieunternehmen stellen das unverzichtbare digitale Rüstzeug bereit, um die soziale Isolation zu überwinden, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern und die Gesundheits- und Sicherheitsrichtlinien zur Bekämpfung der Pandemie bekanntzumachen.

Innovationen aus der Privatwirtschaft können einen erheblichen Beitrag zur sofortigen und kurzfristigen Reaktion auf die Pandemie sowie zur langfristigen Resilienz leisten. Insbesondere gilt es, große Datenmengen und künstliche Intelligenz zur Erzeugung digitaler öffentlicher Güter in Form von Echtzeit-Erkenntnissen und Prognosen zu nutzen, die als Handlungsgrundlage dienen können. Dadurch ließen sich nicht nur Risikokommunikation, finanzielle Hilfe und politische Maßnahmen gezielt einsetzen, sondern es wäre auch möglich, neue Ausbrüche sowie Überlastungen von Gesundheitssystemen und

anderen öffentlichen Einrichtungen festzustellen, die Ausbreitung von Fremdenfeindlichkeit und Fehlinformationen zurückzuverfolgen und zu bekämpfen und die sektorübergreifenden Auswirkungen der Krise auf schwächere Bevölkerungsgruppen zu messen. Um diese Informationslücken zu schließen, bedarf es branchenübergreifender privatwirtschaftlicher Partnerschaften, und viele Länder benötigen Investitionen und technische Unterstützung im Bereich ihrer Analysekapazitäten.

Ethische Standards und Datenschutz sind zu gewährleisten und rechtliche Rahmenbedingungen für den Datenverkehr sind zu schaffen, um ein hohes Innovationstempo zu unterstützen, bei der Weitergabe und Nutzung von Daten zugunsten des Gemeinwohls die Transparenz zu gewährleisten und zu verhindern, dass Akteure die Krise ausnutzen, um die Menschenrechte zu verletzen oder Massenüberwachungssysteme einzurichten.

Diese Anstrengungen müssen branchen- und länderübergreifend so weit ausgedehnt werden, wie Unternehmen ihre Versorgungsketten, Lager sowie Sach- und Personalressourcen in den Dienst der Krisenbewältigung stellen können.

Die Vereinten Nationen fordern alle Unternehmen und Betriebe auf, die folgenden drei Hauptmaßnahmen zu treffen:

- a. **Gesundheits- und Sicherheitsrichtlinien einhalten und die Beschäftigten wirtschaftlich absichern**, indem sie unter anderem den betrieblichen Arbeitsschutz, die Einhaltung der Abstandsvorgaben sowie eine gesicherte Entlohnung derjenigen gewährleisten, die von zu Hause arbeiten.
- b. **Regierungen finanziell und technisch unterstützen, indem sie zu dem Solidaritätsfonds zur Bekämpfung von COVID-19 beitragen.**
- c. **Die Nutzung ihrer Räumlichkeiten und ihre Geschäftsplanung so umstellen**, dass der aus der Krise resultierende Bedarf im Mittelpunkt

steht. Einige haben schon damit begonnen; viele weitere müssen noch folgen.

6. Philanthropische Organisationen sind aufgerufen, sich dem Kampf zu stellen

Philanthropische Organisationen in aller Welt sind einzigartig aufgestellt, um Ressourcen und Forschungskapazitäten rasch auf die problematischsten Aspekte dieser Krise zu lenken. Gerade für sie gilt es jetzt, sich verstärkt den 225 Gebern anzuschließen, die bislang etwa 1,9 Milliarden US-Dollar für den Kampf gegen die Pandemie gespendet haben³.

Am 13. März rief die WHO zusammen mit der Stiftung für die Vereinten Nationen und der Swiss Philanthropy Foundation den überhaupt ersten Solidaritätsfonds zur Bekämpfung von COVID-19 ins Leben, der es Privatpersonen, Unternehmen und Institutionen in aller Welt ermöglicht, gebündelt und direkt zur globalen Krisenbewältigung beizutragen. Die eingehenden Mittel erlauben es dem an vorderster Front tätigen Gesundheitspersonal, seiner lebensrettenden Tätigkeit nachzugehen, Kranke zu versorgen und die Forschungsarbeiten zu Behandlungen und Impfstoffen voranzubringen. Bislang haben über 200.000 Einzelpersonen und Organisationen mehr als 95 Millionen Dollar gespendet.

³ Nach Schätzungen der gemeinnützigen Organisation Candid, die die philanthropische Reaktion auf den COVID-19-Ausbruch zusammenstellt, haben 225 Geber 1,9 Milliarden Dollar zur Bekämpfung des Ausbruchs an 63 Empfänger geleitet.

III. SOZIALE, WIRTSCHAFTLICHE UND MEHRDIMENSIONALE AUSWIRKUNGEN

Verheerende Auswirkungen auf die Menschen und die formelle und informelle Wirtschaft

COVID-19 trifft die ohnehin schon schwache und fragile Weltwirtschaft schwer. 2019 brachte das langsamste weltweite Wachstum seit der globalen Finanzkrise 2008/2009. COVID-19 hat die Weltwirtschaft in eine Rezession gestürzt, die tiefgreifende Folgen mit Arbeitslosigkeit und Elend von historischem Ausmaß nach sich ziehen könnte. Durch die zur Eindämmung der Krankheitsausbreitung notwendigen Maßnahmen wie Quarantäne, Reisebeschränkungen und Ausgangssperren in den Städten sind Angebot und Nachfrage stark gesunken. Die Wirtschaftstätigkeit in den Bereichen Verkehr, Einzelhandel, Freizeit, Gastgewerbe und Erholung leidet sehr. An den starken Kurseinbrüchen am Aktienmarkt haben wir außerdem festgestellt, dass das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Gesundheitsschutzmaßnahmen direkte und unmittelbare Auswirkungen auf die Wirtschaft hat.

Unterbrochene Lieferketten, die die verarbeitende Industrie lähmen, und Preisstürze bei Rohstoffen, insbesondere Erdöl, verstärken die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie zusätzlich. Dies hat die Finanzmärkte erschüttert, die Liquiditätslage in vielen Ländern verschärft, zu einem beispiellosen Kapitalabfluss aus Entwicklungsländern geführt und die Devisenmärkte unter Druck gesetzt, was in einigen Ländern Dollarknappheit zur Folge hat. Regierungen können bei schwacher Landeswährung keine Konjunkturpakete der Größe schnüren, die zur Stabilisierung der Wirtschaft und zur Bewältigung der Krise für die Gesundheit und die Menschen erforderlich ist.

Abbildung 3 zeigt, dass nach Schätzungen der ILO zwischen 5 und 25 Millionen Arbeitsplätze verloren

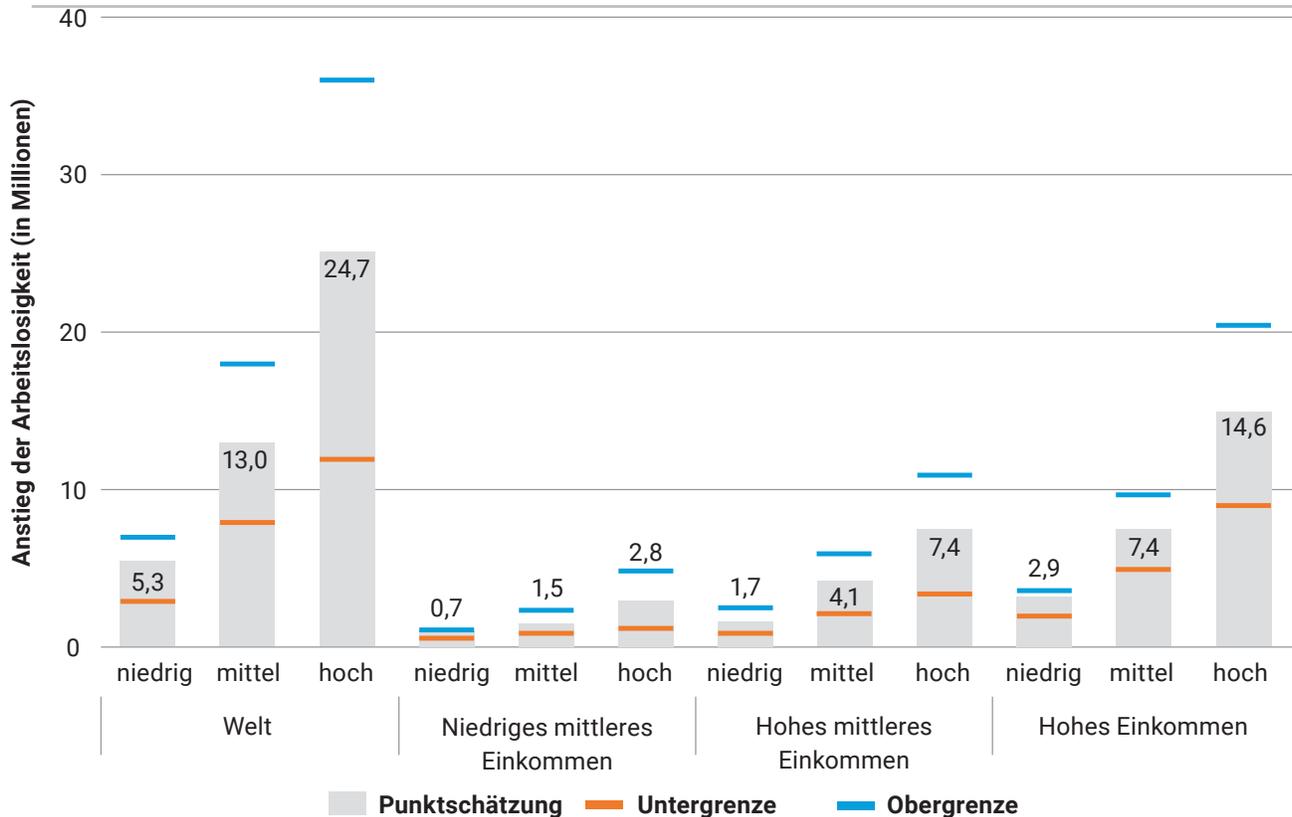
gehen und die Einbußen bei den Arbeitseinkommen zwischen 860 Milliarden und 3,4 Billionen Dollar liegen könnten. Kleine und mittlere Unternehmen, Selbstständige und Tagelöhner sind am stärksten betroffen. Die aktuelle Krise gefährdet die begrenzten Fortschritte bei der Geschlechtergleichstellung und droht die Feminisierung der Armut und die Gefährdung von Frauen durch Gewalt zu verschärfen und ihre gleichberechtigte Erwerbsbeteiligung in Frage zu stellen. In manchen der am stärksten betroffenen Sektoren in den OECD-Ländern stellen Zugewanderte knapp 30 Prozent der Arbeitskräfte. Massive Arbeitsplatzverluste in dieser Bevölkerungsgruppe werden Folgewirkungen auf stark von Heimatüberweisungen abhängige Länder wie El Salvador, Haiti, Honduras, Nepal, Tonga, Tadschikistan und Kirgisistan haben. In Volkswirtschaften mit einem großen informellen Sektor, wo Sozialschutzsysteme oft fehlen oder begrenzt sind oder im formellen Sektor der Volatilität der Märkte unterliegen, sind erhebliche Auswirkungen zu erwarten.

In den Entwicklungsländern, insbesondere den am wenigsten entwickelten, Binnenentwicklungs- und kleinen Inselentwicklungsländern, ist die Lage besonders besorgniserregend. Die Ausbreitung des Virus auf diese Länder, in denen die Verschuldung bereits vor der Krise rascher stieg als die Einkommen, wird ihre ohnehin schon fragile gesamtwirtschaftliche Lage weiter schwächen. Zudem sind in einigen dieser Länder die nötigen Hygiene- und Sanitärstandards und Maßnahmen zur Kontaktvermeidung schwer umzusetzen.

Komplexe Folgen, die uns alle treffen

Es ist tragisch, dass die COVID-19-Krise Jahrzehnte des Fortschritts im Kampf gegen die Armut gefährden und die ohnehin schon starke Ungleichheit in und zwischen Ländern noch verschärfen

ABBILDUNG 3: AUSWIRKUNGEN SINKENDEN WACHSTUMS AUF DIE ARBEITSLOSIGKEIT (DREI SZENARIEN FÜR DIE WELT UND EINKOMMENSGRUPPEN (IN MILLIONEN))



Quelle: ILO

könnte. Die Volatilität, die in einigen Ländern mit Marktmanipulation und Vorratswirtschaft einhergeht, hat erste Auswirkungen auf die Nahrungsmittelpreise, was wiederum die Ernährung der Schwächsten beeinträchtigt. Ohne sofortige Maßnahmen werden die durch die Pandemie verursachten Störungen und die zur Virusbekämpfung unternommenen Schritte die Situation drastisch verschlechtern. Dies gilt besonders für die großen unter den am wenigsten entwickelten Ländern, in denen die Krise allein durch die Größe der gefährdeten Bevölkerung und das Ausmaß des informellen Sektors noch komplexer werden dürfte.

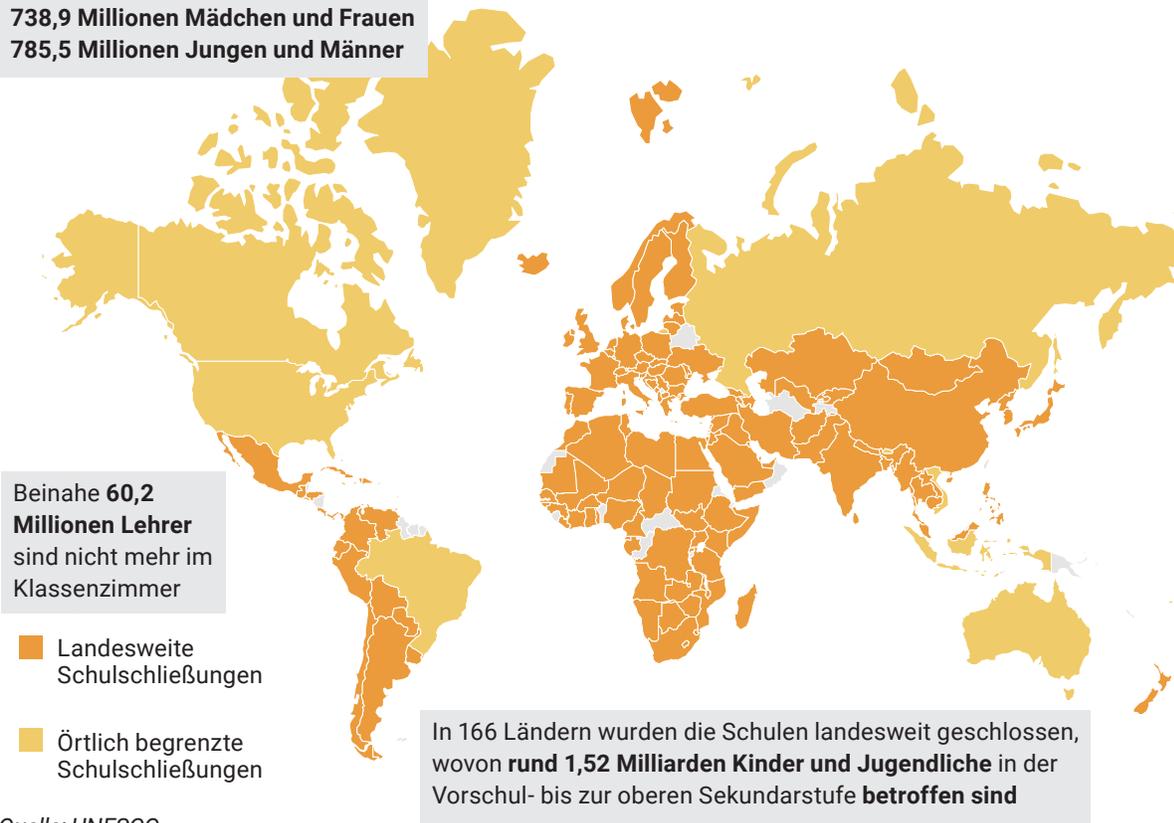
Was den Bildungssektor betrifft, so haben 166 Länder Schulen und Universitäten landesweit geschlossen; davon sind derzeit rund 1,52 Milliarden

Kinder und Jugendliche oder 87 Prozent der weltweit an Schulen und Universitäten eingeschriebenen Population betroffen. Dazu kommen knapp 60,2 Millionen Lehrkräfte, die nicht mehr im Klassenzimmer sind.

Schulschließungen haben eine Vielzahl negativer Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche, darunter Lernunterbrechung und fehlende zwischenmenschliche Interaktionen, die für die soziale und die Verhaltensentwicklung unerlässlich sind. Wenn Schulen schließen, fehlen vielen Kindern die Schulspeisung und ein sicherer Raum. Dies hat nicht nur Folgen für ihre Ernährung, sondern auch für das Familieneinkommen, was wiederum die Nachfrage nach unbezahlter Arbeit von Frauen und Mädchen erhöht. Das WFP schätzt,

ABBILDUNG 4: VON SCHULSCHLIESSUNGEN BETROFFENE LÄNDER (STAND: 26. MÄRZ 2020)

738,9 Millionen Mädchen und Frauen
785,5 Millionen Jungen und Männer



Quelle: UNESCO

dass mehr als 320 Millionen Grundschul Kinder in 120 Ländern jetzt auf Schulspeisung verzichten müssen. Schulschließungen öffnen auch Lücken in der Kinderbetreuung, was die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben erschwert, insbesondere für Frauen, und Druck auf Eltern ausübt, die ihre Kinder zu Hause zum Lernen anhalten sollen.

Eine längere Unterbrechung der Bildung könnte zu einem Anstieg von Kinderarbeit und Kinderheiraten führen und damit das Wachstum in den Entwicklungsländern weiter bremsen. Laut einem aktuellen IWF-Papier senken Kinderheiraten das Bruttoinlandsprodukt der Länder mit niedrigem Einkommen um 1 Prozent.

Digitaltechnologien haben sich in dieser Krise als nützliche Werkzeuge erwiesen, die die Geschäfts-

kontinuität erleichtern, die Menschen mehr denn je verbinden und ihnen helfen, ihre psychische Gesundheit zu erhalten. Der ungleiche Zugang zu Breitbandanschlüssen und ein fehlender Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien behindern jedoch den wirksamen Zugang zu Fernunterricht, Gesundheitsinformationen und Telemedizin für alle und die wirksame Teilnahme daran. Laut der ITU sind noch immer rund 3,6 Milliarden Menschen, mehrheitlich in den am wenigsten entwickelten Ländern, nicht im Netz.

Die Maßnahmen gegen das Virus wirken sich auch je nach Bevölkerungsgruppe unterschiedlich aus. So sind Frauen, die 70 Prozent des weltweiten Gesundheitspersonals stellen, einem höheren Infektionsrisiko ausgesetzt. Zudem werden mit der Krise, also genau dann, wenn Dienstleistungen,

namentlich in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Gesundheit und Obdach, in die Bekämpfung der Pandemie gelenkt werden, weitaus mehr Fälle häuslicher Gewalt gemeldet. Durch die Isolation von Familien im Haus steigt auch der Online-Kindesmissbrauch rapide.

Ältere Menschen haben nicht nur mit größeren Gesundheitsrisiken zu kämpfen, sondern sind oft auch weniger in der Lage, sich in der Isolation selbst zu versorgen. Obdachlose sind durch das Virus stark gefährdet, wenn sie nicht die Möglichkeit haben, sicher an einem Ort zu bleiben. Für Menschen mit Behinderungen kann Kontaktvermeidung bedeuten, dass sie ohne unverzichtbare Unterstützung und Fürsprache auskommen müssen. Menschen in Haftanstalten, Internierungslagern für Migrierende oder psychiatrischen Einrichtungen könnten aufgrund räumlicher Enge einem höheren Infektionsrisiko ausgesetzt sein.

Auswirkungen auf die Agenda 2030 und das Übereinkommen von Paris

Die COVID-19-Krise wird wohl tiefgreifende negative Auswirkungen auf die Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung haben. Ein langanhaltender weltwirtschaftlicher Abschwung wird die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und des Übereinkommens von Paris über Klimaänderungen beeinträchtigen. Abbildung 5 veranschaulicht einige der erwarteten Primär- und Sekundäreffekte der Pandemie auf die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele.

Die Krise wird Menschen in prekären Situationen, darunter Frauen, Kinder, ältere Menschen und im informellen Sektor Beschäftigte, am härtesten treffen. Ihre Auswirkungen auf die Umwelt hingegen dürften kurzfristig positiv sein, da durch die drastisch reduzierte Wirtschaftstätigkeit die CO₂-Emissionen und die Umweltverschmutzung in vielen Gebieten abgenommen haben. Diese Verbesserungen werden nicht anhalten, es sei denn, die Länder folgen ihrem Bekenntnis zur nachhaltigen Entwicklung, wenn die Krise vorüber ist und die Weltwirtschaft wieder in Gang kommt.

Aufgrund des Ausmaßes, der Reichweite und der schnellen Ausbreitung der Pandemie sowie der hohen Kapitalabflüsse aus den Entwicklungsländern besteht jedoch derzeit ein erhebliches Risiko, dass der Großteil des politischen Kapitals und der begrenzten finanziellen Ressourcen in Gegenmaßnahmen fließt und nicht mehr in die Umsetzung der national festgelegten Beiträge zur Verwirklichung der Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsziele. Es ist unerlässlich, dass die Länder bei der Krisenbewältigung die Nachhaltigkeitsziele und die Klimaschutzzusagen im Auge behalten, um das bereits Erreichte zu wahren, und dass sie in der Zeit der Erholung Investitionen tätigen, die uns in eine inklusivere, nachhaltigere und resilientere Zukunft führen.

Hätten wir in die Millenniums- und Nachhaltigkeitsziele investiert, könnten wir Schocks heute besser standhalten

Die bittere Wahrheit ist, dass wir auf diese Krise besser hätten vorbereitet sein können. Mit Erreichung der Millenniums- und Nachhaltigkeitsziele hätten wir einer Welt mit allgemeiner und hochwertiger Gesundheitsversorgung und inklusiveren und zukunftsfähigeren Volkswirtschaften näher sein können. Stattdessen haben die meisten Länder zu wenig in ihre Gesundheitssysteme investiert, und ihre Einrichtungen sind dem unerwartet hohen Bedarf nicht gewachsen und stark importabhängig. In den meisten Ländern sind die Gesundheitssysteme schwach und fragmentiert und bieten nicht den allgemeinen Zugang und die Kapazitäten, die zur Bewältigung der COVID-19-Gesundheitskrise erforderlich sind.

Politische Führungsstärke und Kooperation zur Bekämpfung von COVID-19

Auf geopolitischer Ebene erfordert diese Krise dringend Führungsstärke, Solidarität, Transparenz, Vertrauen und Zusammenarbeit. Jetzt ist nicht die Zeit für Eigennutz, Anschuldigungen, Zensur, Verschleierung oder Politisierung. Der Ton, den die politische Führung auf nationaler und lokaler Ebene anstimmt, ist entscheidend. Auch wenn vorübergehende Grenz-

schließungen, Reiseverbote oder Einschränkungen des Verkaufs kritischer Versorgungsgüter kurzfristig gerechtfertigt sein mögen, dürfen solche nationalen Maßnahmen einem weltweiten Schulterschluss und einer globalen Lösung zugunsten aller nicht im Weg stehen.

Die COVID-19-Krise bedroht den inneren Zusammenhalt der Länder, da ihre Auswirkungen tief in unsere Gesellschaft und in das Verhalten des Einzelnen hineinreichen und unser Wohlbefinden und unsere psychische Gesundheit beeinträchtigen. Insbesondere besteht die Gefahr einer Stigmatisierung bestimmter Gruppen, denen die Verantwortung für die Verbreitung des Virus zugeschoben wird. Fälle von Gewalt wurden bereits gemeldet. Werden die Krisenmaßnahmen staatlicher Stellen nicht als wirksam wahrgenommen, kann das Vertrauen in die Regierung und die politische Führung untergraben werden. Wenn Notstandsbefugnisse und Überwachungstechnologien zur Verfolgung von COVID-19 eingesetzt werden, so darf dies nicht invasiv sein, muss befristet und zweckgebunden

sein und unter Einhaltung strengster Schutzvorkehrungen und der internationalen Menschenrechtsnormen erfolgen. Das Risiko von gesellschaftlichen Unruhen und Ausschreitungen ist zwar gering, lässt sich jedoch bei weiterer Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen nicht ausschließen, insbesondere wenn das soziale Gefüge durch anhaltende Einkommensungleichheit vorbelastet ist.

In prekären politischen Übergangssituationen und in Ländern, in denen sich zusätzlich zu schwachen Gesundheitssystemen und Klimaänderungen die Sicherheitsbedingungen ohnehin schon rapide verschlechtern, gilt es die Auswirkungen von COVID-19 genau zu beobachten. Besonders schwerwiegend ist die Lage in Afrika. Die Entwicklung der Krankheit wirkt sich bereits auf Wahltermine aus, auch dort, wo die Vereinten Nationen Wahlhilfe leisten, und es treten Schwierigkeiten bei den technischen Vorbereitungen, dem Wahlkampf und/oder der Stimmabgabe auf.

ABBILDUNG 5: COVID-19 WIRKT SICH AUF ALLE NACHHALTIGKEITSZIELE AUS



IV. ZUKUNFTSTRÄCHTIGE LÖSUNGEN ZUR FOLGENBEWÄLTIGUNG

Bei den erwarteten Infektionsraten könnte COVID-19 letztlich dramatisch viele Menschenleben fordern. Die sozioökonomischen Auswirkungen der Pandemie dürften die der letzten globalen Krise 2008 bei weitem übersteigen. Nur durch internationale Abstimmung lässt sich das Schlimmste verhindern.

Übergreifende Grundsätze

Das wichtigste Ziel ist es, alle Menschen, Haushalte und Unternehmen über Wasser zu halten. Wir müssen uns auf die Menschen konzentrieren – auf Familien, Frauen, Kinder, Jugendliche, Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen, Geringverdienende, kleine und mittlere Unternehmen und den informellen Sektor. Wichtige Schritte in diese Richtung wurden bereits unternommen, doch gilt es, sie auszuweiten.

Außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Maßnahmen. Ziel der Wirtschaftspolitik sollte es sein, den unmittelbarsten Gesundheits- und Ernährungsbedarf und andere Grundbedürfnisse zu decken und den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die politische und wirtschaftliche Stabilität zu wahren. Das rasche Voranschreiten der Krise erfordert eine sorgfältige Beobachtung der direkten und indirekten Auswirkungen aller Interventionen, damit die Politikmaßnahmen auf Dauer wirken. Dabei ist Dringlichkeit geboten.

Auf unterschiedlichen Ebenen sind spezifische Maßnahmen zu treffen. Internationale Organisationen und Finanzinstitutionen und Führungsgruppen wie die G20 verfügen über Hebel, die es möglichst wirksam und abgestimmt in Bewegung zu setzen gilt. Über einen koordinierten Regionalansatz lassen sich Wirkungen gemeinschaftlich prüfen, fiskal-, geld- und sozialpolitische Maßnahmen koordinieren und bewährte Verfahren und Erkenntnisse austauschen.

Nationale Maßnahmen sind dabei wohl am wichtigsten, doch sind sie abhängig vom Kontext, darunter die geografische Lage, die Regierungsform und der Entwicklungsstand.

Die Entwicklungsländer verfügen nicht über dieselben Ressourcen wie die entwickelten Länder, um der Pandemie rasch zu begegnen, und auch unter den Entwicklungsländern gibt es erhebliche Unterschiede, wie etwa zwischen den kleinen Inselentwicklungsländern, den am wenigsten entwickelten Ländern und den Binnenentwicklungsländern. Die lokalen Verwaltungen stehen im Kampf gegen die Epidemie an vorderster Front, doch ist ihre Fähigkeit, rasch zu handeln, stark vom jeweiligen Regierungssystem sowie ihrer Finanzkraft und ihren Haushaltsbefugnissen abhängig.

Ein gesamtgesellschaftlicher Ansatz ist gefordert. COVID-19 bedroht die gesamte Menschheit und muss von der Menschheit geeint bekämpft werden. Eine wirksame Abwehr muss mehrdimensional, abgestimmt, rasch und entschlossen erfolgen und von politischer Führungsstärke und von der gesamten Bevölkerung getragen werden. Sie muss öffentliches Vertrauen schaffen, an menschlichen Werten ausgerichtet sein und sich auf solide Institutionen, Fachkenntnisse und Finanzmittel stützen. Jede und jeder Einzelne muss dazu einen Beitrag leisten. Kein Land kann dies im Alleingang schaffen.

**GESTÜTZT AUF DIESE GRUNDSÄTZE
VERPFLICHTEN SICH DIE
VEREINTEN NATIONEN, IHRER
ARBEIT IN ALLEN LÄNDERN DIE
FOLGENDEN EMPFEHLUNGEN
ZUGRUNDE ZU LEGEN:**

A. Globale Maßnahmen, die dem Ausmaß der Krise entsprechen

1. Ein innovatives, koordiniertes und die Menschen in den Mittelpunkt stellendes Konjunkturpaket befördern und unterstützen, das im zweistelligen Prozentbereich des globalen Bruttoinlandsprodukts liegt

Der aktuelle weltumspannende Wirtschaftsschock mit gleichzeitigem Einbruch von Angebot und Nachfrage erfordert erstmals in der Geschichte ein wahrhaft globales Konjunkturpaket. Ein solches Paket würde die Volkswirtschaften durch massive Ressourcen stützen und erheblich zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Zukunft beitragen.

Diese Ressourcen sollten nicht nur in Großunternehmen und führende Firmen fließen, sondern auch zu den Beschäftigten und in kleine und mittlere Unternehmen in aller Welt, die das Fundament der Weltwirtschaft bilden. Es reicht nicht aus, die großen Unternehmen zu schützen; auch deren Zulieferer und die globale Konsumnachfrage – also die Haushaltseinkommen –, die die Weltwirtschaft wieder ankurbeln wird, müssen geschützt werden. Ergänzend dazu bedarf es koordinierter geld- und finanzpolitischer Maßnahmen.

Ein wirksames Konjunkturpaket muss Ressourcen direkt und gezielt an die exponiertesten Haushalte transferieren und flächendeckend sicherstellen, dass die Notfallvorsorge im Gesundheitswesen und der Sozialschutz ausgeweitet, Steuererleichterungen geschaffen und Zinsen niedrig gehalten der Zugang zu Darlehen und Versicherungen erweitert und mehr Lohnstützungsprogramme bereitgestellt werden. Länder mit unzureichenden Kapazitäten zur Durchführung dieser Maßnahmen müssen unterstützt werden.

Die Länder müssen alles tun, um die Erwerbstätigen, einschließlich derjenigen, die ganz auf ihren Tagesverdienst angewiesen sind, und der Beschäftigten im informellen Sektor, zu schützen und sie im Hinblick auf Beschäftigung und

Einkommen zu unterstützen. Das muss das Ziel aller koordinierten fiskal- und geldpolitischen Maßnahmen sein.

Der Internationale Arbeitgeberverband, der mehr als 50 Millionen Unternehmen vertritt, und der Internationale Gewerkschaftsbund, der mehr als 200 Millionen Beschäftigte vertritt, betonen, wie wichtig der soziale Dialog und die Sozialpartner dafür sind, einerseits das Virus am Arbeitsplatz und darüber hinaus unter Kontrolle zu bringen und andererseits kurz- und mittelfristig massive Arbeitsplatzverluste zu verhindern. Es gilt, gemeinschaftlich Verantwortung zu übernehmen und durch Dialog die Stabilität zu fördern.

2. Der Versuchung protektionistischer Maßnahmen widerstehen

Jetzt ist der Zeitpunkt, Handelsschranken abzubauen, die Handelsöffnung zu erhalten und die Versorgungsketten wiederherzustellen. Tarifäre und nichttarifäre Maßnahmen und Ausfuhrverbote, insbesondere auf medizinische und verwandte Produkte, würden die Maßnahmen der Länder zur Eindämmung des Virus verlangsamen. Einfuhrzölle oder -beschränkungen für medizinische Versorgungsgüter müssen außer Kraft gesetzt werden. Es muss unbedingt sichergestellt werden, dass Medikamente, medizinische Ausrüstungs- und Versorgungsgüter und andere für die Pandemiebekämpfung wesentliche Güter und Dienstleistungen die exponiertesten Länder erreichen. Ohne Solidarität geht es jetzt nicht.

3. Konkrete Maßnahmen zur Konjunkturförderung in den Entwicklungsländern ergreifen

Die ohnehin schon begrenzten Möglichkeiten der Entwicklungsländer, wirtschaftsfördernde Maßnahmen zu finanzieren, werden durch die aktuellen Wechselkursschwankungen weiter eingeschränkt. Daher benötigen diese Länder internationale Unterstützung, viele von ihnen Schuldenerleichterungen, um den nötigen innerstaatlichen Haushaltsspielraum zu schaffen. Daneben bedarf es kreativer Ansätze zur Mobilisierung umfangreicher konzessionärer

Finanzierung – nicht nur von multilateralen Entwicklungsbanken, sondern auch von privaten Kreditgebern wie Pensionsfonds, die nach Investitionsmöglichkeiten mit niedrigen Wachstumsraten suchen werden.

Da 44 Prozent der am wenigsten entwickelten Länder und anderen Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen stark überschuldet oder überschuldungsgefährdet sind, ist Umschuldung vorrangig, so auch die umgehende Aussetzung von Zinszahlungen für 2020, Schuldenstundung, -entlastung und -umwandlung und der Einsatz anderer Mittel zur Schuldenverringerung. Fragilen oder von Konflikten betroffenen Ländern müssen Schulden unter Umständen ganz erlassen werden. Die frei werdenden Mittel sollten mittels Haushaltsstützungsmechanismen unmittelbar in Maßnahmen zugunsten der Menschen und der Gesundheit fließen, auch um den Sozialschutz auszuweiten. Der IWF, die Weltbank und andere internationale Finanzinstitutionen werden bei diesem Unterfangen unverzichtbare Partner sein.

Auch zusätzliche konzessionäre Finanzierung ist dafür nötig. Der Treuhandfonds des IWF für Katastropheneindämmung und Schuldenerleichterung kann den ärmsten Ländern durch umgehende Schuldenerleichterung helfen, benötigt dafür jedoch eine Mittelaufstockung durch die entwickelten Länder.

Die Kosten für Heimatüberweisungen – eine Lebensader in den Entwicklungsländern – sollten so weit wie möglich gegen Null abgesenkt werden.

4. Die internationale öffentliche Finanzierung verstärken

Internationale Finanzinstitutionen und regionale Entwicklungsbanken können bei der Bewältigung der Auswirkungen der Krise und der Finanzierung der Erholung eine wichtige Rolle spielen. Für die Zeit nach der Krise muss ein Koordinierungsmechanismus geschaffen werden, damit alle

Länder die für einen angemessenen Haushalts-spielraum erforderlichen Ressourcen erhalten.

Ein zwischen den großen Zentralbanken abgestimmtes Vorgehen und Unterstützung durch internationale Finanzinstitutionen könnten Devisenswap-Vereinbarungen erleichtern und für Liquidität im Finanzsystem sorgen, insbesondere in Schwellen- und Entwicklungsländern. Gleichzeitig muss der IWF über Sonderziehungsrechte mehr Mittel erhalten, um einzelnen Ländern rasch Finanzmittel bereitstellen zu können.

5. Im Zeichen der Solidarität Sanktionen aufheben

Die gegen bestimmte Länder verhängten Sanktionen sollten aufgehoben werden, um den Zugang zu Nahrungsmitteln, wesentlichen Versorgungsgütern, COVID-19-Tests und medizinischer Unterstützung zu sichern. In Zeiten wie diesen ist Solidarität gefordert, nicht Ausgrenzung.

B. Mobilisierung auf regionaler Ebene

Nachstehend finden sich einige der Maßnahmen, die nach Anpassung an die jeweiligen Verhältnisse auf regionaler Ebene ergriffen werden können.

1. Handelspolitisch dem Grundsatz folgen, keinen Schaden zuzufügen, Vernetzung erhalten und regionale Geld- und Fiskalpolitik koordinieren

Der freie Güter- und Dienstleistungsverkehr in und zwischen allen Regionen ist unabdingbar. Um die grenzüberschreitende Versorgung mit essenziellen Produkten zu erleichtern, müssen tarifäre und nichttarifäre Maßnahmen mit Auswirkungen auf die Einfuhr von wesentlichen Medikamenten, medizinischer Ausrüstung und Vorprodukten für diese aufgehoben werden. Innovative Instrumente wie etwa die eTIR/eCMR-Systeme der Vereinten Nationen und andere Mittel zur kontaktlosen elektronischen Datenübermittlung und Erleichterung des grenzüberschreitenden Güterverkehrs sollten verwendet werden. Es gilt, den Frachttransitverkehr

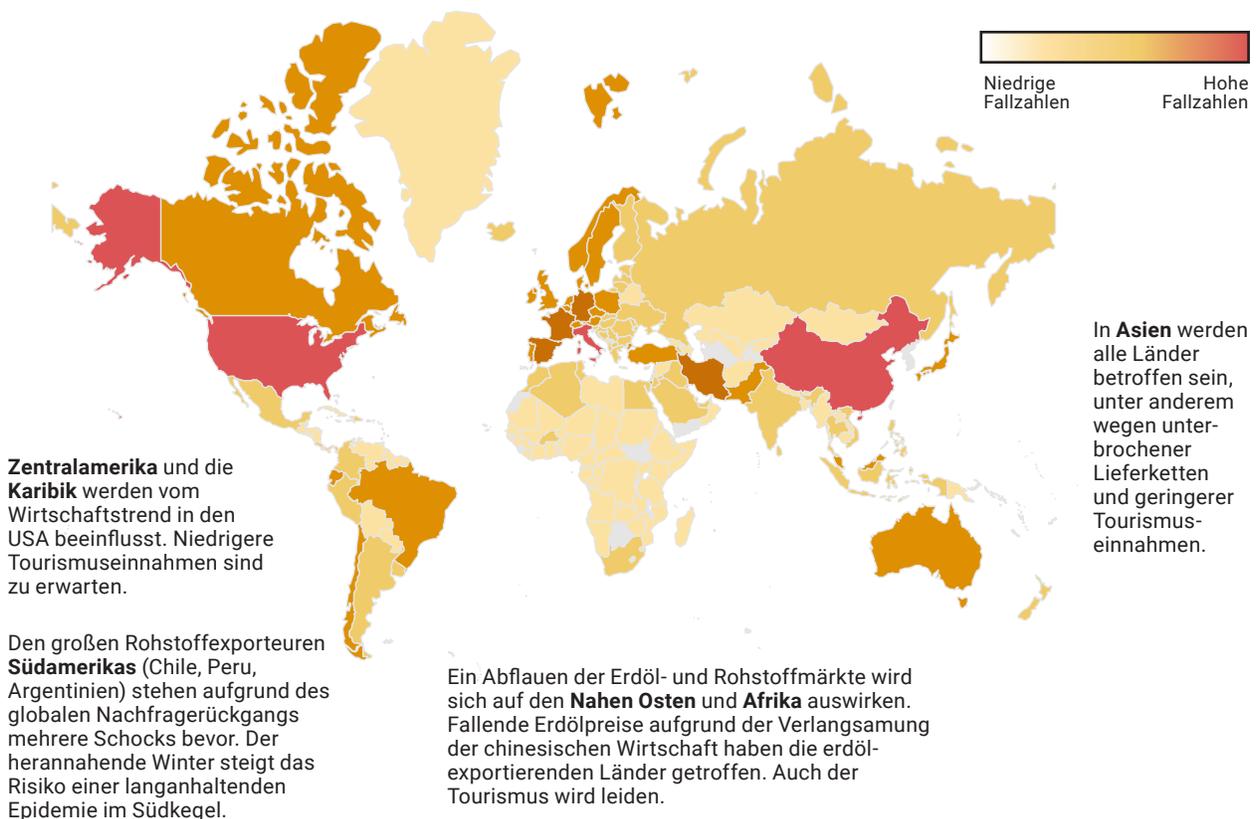
für Binnenländer und die Anbindung kleiner Inselentwicklungsländer an den Seeverkehr aufrechtzuerhalten, da diese Länder aufgrund ihrer geografischen Nachteile stärker belastet sind. In Afrika ist es wichtig, die Dynamik der Afrikanischen Kontinentalen Freihandelszone als Mechanismus für den Aufbau langfristiger Resilienz auf dem Kontinent und für den Umgang mit Volatilität zu erhalten. Auch andere Regionen sollten bestehende und neue Zusagen im Rahmen regionaler Handelsübereinkünfte und -mechanismen stärker nutzen.

In einer Währungsunion wie dem Euro-Raum sind koordiniertes Vorgehen und wirksame Mechanismen zur Risikoteilung unabdingbar und sollten großangelegte fiskalische Maßnahmen ermöglichen, die glaubwürdig sind und die Unterschiede innerhalb der Währungsunion abmildern.

2. Den privaten Finanzsektor in die Unterstützung von Unternehmen einbinden

Um Lösungen zu finden und durch zukunftsfähige Investitionen die wirtschaftliche Erholung zu unterstützen, wäre eine regionale Koordinierung der Zusammenarbeit mit dem Finanzsektor, einschließlich Versicherungsunternehmen, hilfreich. Plattformen wie eine COVID-19-Sonderarbeitsgruppe sollten eingerichtet werden, um Unternehmen in regionale Maßnahmen gegen den Ausbruch einzubinden. Das vom Generalsekretär initiierte Globale Investorenbündnis für nachhaltige Entwicklung (GISD) muss ebenfalls genutzt werden, um den Ländern bei der Mobilisierung finanzieller und technischer Ressourcen für die Krisenbewältigung und die Erholung zu helfen. Auch die vom Generalsekretär eingesetzte Hoch-

ABBILDUNG 6: REGIONALE AUSWIRKUNGEN VON COVID-19



Quelle: WHO, OCHA, EIU (Stand: 27. März 2020)

Die in dieser Karte abgebildeten Grenzlinien und Namen und verwendeten Bezeichnungen implizieren weder offizielle Unterstützung noch Akzeptanz durch die Vereinten Nationen.

rangige Gruppe für digitale Zusammenarbeit und die Arbeitsgruppe Digitale Finanzierung zur Förderung der Ziele für nachhaltige Entwicklung können herangezogen werden, um kreative Lösungen für Unternehmen zu finden.

3. Zur Überwindung grenzüberschreitender Risiken strukturelle Herausforderungen angehen und normative Rahmen stärken

Der durch die Krise verursachte Wirtschaftseinbruch führt zu einem Umdenken hinsichtlich des Ressourceneinsatzes und der Anfälligkeit von Versorgungsketten. Es gilt, diese Gelegenheit zur Stärkung resilienz- und effizienzsteigernder Konzepte zu nutzen, wie etwa Kreislaufwirtschaft, Klimaschutz und ambitioniertere national festgelegte Beiträge. Ebenso lassen sich künftige Pandemien durch die Entwicklung politischer Kooperationsrahmen und robuste und umfassende Umweltmaßnahmen zur Bewältigung vorrangiger grenzüberschreitender Probleme vielleicht verhindern oder abmildern, so etwa indem gleichzeitig der Handel mit Wildtieren und -pflanzen (der Gesundheitsrisiken bergen kann) verboten wird,

Hygienestandards harmonisiert werden und das Bedrohungsgeflecht aus unerlaubtem Handel, Habitatverlust, Klimaänderungen und Verschmutzung aus verschiedenen Quellen bekämpft wird.

C. Nationale Solidarität ist unerlässlich, damit niemand zurückgelassen wird

1. Die Schutzbedürftigsten mit fiskalischen Maßnahmen fördern und unterstützen

Umfangreiche fiskalische Fördermaßnahmen sind erforderlich, um diejenigen, die von der Ausbreitung des Virus am stärksten betroffen sind, gezielt zu unterstützen, beispielsweise durch verschiedene Wege zur Sicherung des Zugangs zu Gesundheitsversorgung und der grundlegenden Lebensverhältnisse.

Bargeldtransfers während der Pandemie werden die Menschen durch die unausweichliche Rezession bringen. Sozialschutzmaßnahmen, wie die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, retten Leben, lindern menschliches Leid, stärken die Widerstandskraft der Menschen und tragen zur wirtschaftlichen Erholung bei. Viele Regierungen leisten zudem den Unternehmen finanzielle Unterstützung in Form befristeter

Frauen und Mädchen dürfen bei der Krisenbewältigung nicht übersehen werden

- Nach Geschlecht aufgeschlüsselte Daten erheben, damit die Krise Frauen nicht überproportional belastet.
- Sicherstellen, dass in den national, regional und global tätigen Krisenteams und -stäben Sachverständige für Geschlechterfragen vertreten sind.
- Sicherstellen, dass Sozialschutzpläne und wirtschaftliche Notstandsmaßnahmen die Geschlechterperspektive sowie die von Frauen geleistete unbezahlte Pflegearbeit und die spezifischen Erschwernisse für Unternehmerinnen und für Frauen im informellen Sektor berücksichtigen.
- Darauf achten, dass Dienste im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit weiterlaufen, wie zum Beispiel rezeptfreie Verhütungsmittel während der Krise.
- Sicherstellen, dass spezielle Dienste zur Verhütung und Überwindung geschlechtsspezifischer Gewalt, wie etwa spezielle Hotlines, Polizeieinheiten und neue Vorkehrungen für Frauenhäuser, vorhanden sind.
- An vorderster Front stehende Frauenorganisationen unterstützen und sicherstellen, dass Frauen kurz- wie langfristig an Maßnahmenplänen mitwirken und dabei Führungsrollen übernehmen.

finanzieller und steuerlicher Erleichterungen zur Geschäftssicherung und zur Erhaltung von Arbeitsplätzen und stellen allen Beschäftigten Einkommensbeihilfen und Arbeitsvermittlungsdienste bereit.

2. Die Menschenrechte schützen und den Schwerpunkt auf Inklusion legen

Menschenrechtsschutz und Inklusionsbemühungen sind in allen Phasen der Krisenvorsorge und -bewältigung und der Erholung erforderlich. Dabei sind Faktoren wie Alter, Geschlecht und Migrationsstatus zu berücksichtigen. Das Virus hat sich für alle Altersgruppen als reale Bedrohung erwiesen; besonders stark betroffen sind jedoch ältere Menschen, die mehr als 80 Prozent aller Infizierten stellen. Menschen mit Vorerkrankungen oder Behinderungen sind ebenso gefährdet. In Bezug auf COVID-19 einen Menschenrechtsansatz zu verfolgen bedeutet auch, Informationen durchgängig in leicht verständlicher Form und Sprache

bereitzustellen und für Menschen mit besonderen Bedürfnissen, darunter Hör- und Sehbehinderte, entsprechend anzupassen.

COVID-19 fordert den Regierungen schwierige Entscheidungen ab, oftmals über den Einsatz außerordentlicher staatlicher Befugnisse. Dabei müssen die Führungsverantwortlichen alles tun, um bürgerliche und demokratische Handlungsspielräume zu erhalten, Vertrauen in die Institutionen aufzubauen und zu erhalten und dem Anstieg von Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung, Rassismus und Stigmatisierung entgegenzuwirken. Internetunternehmen sind in der Verantwortung, von sich aus sofort der Verbreitung von Fehlinformationen zu begegnen und verlässliche Informationen bereitzustellen. Wird die Ausbreitung des Coronavirus mit Überwachungstechnologie verfolgt, so darf dies nicht invasiv sein, muss befristet und zweckgebunden sein und unter Einhaltung strengster Schutzvorkehrungen und der internationalen Menschenrechtsnormen erfolgen.

Menschenrechte und Inklusion

- Sicherstellen, dass der Zugang zu Tests und Behandlungen nicht durch Diskriminierung aus Gründen des Geschlechts, des Alters, der Religion, der sexuellen Orientierung, der ethnischen Zugehörigkeit, rassistischen Gründen oder anderen Gründen verwehrt wird.
- Fälle von Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit beobachten, rasch darauf reagieren und öffentlich machen.
- Richtige und faktengestützte Informationen verbreiten und Aufklärungskampagnen durchführen.
- Dafür sorgen, dass klare und aktuelle Informationen alle Menschen, insbesondere auch nationale, ethnische oder religiöse Minderheiten, indigene Völker und LSBTI-Personen, erreichen.
- Menschen mit Behinderungen und ihren Familien zusätzliche Finanzhilfen zugänglich machen und sicherstellen, dass Menschen mit Behinderungen und pflegebedürftige Menschen in öffentlichen und privaten Einrichtungen vor Vernachlässigung und Misshandlung geschützt sind.
- Die Belegung von Haftanstalten und von Internierungslagern für Migrierende durch eine geeignete überwachte oder vorzeitige Entlassung von Personen niedriger Risikokategorie verringern.
- Zwangsräumungen aussetzen und Hypothekenzahlungen stunden.
- Sicherstellen, dass die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus keine negativen Auswirkungen auf Obdachlose und in unzulänglichen Wohnverhältnissen lebende Menschen haben.
- Aggressive Strategien für die Schulrückkehr verfolgen und Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche schaffen.

Junge Menschen, die schwer betroffen sind, beteiligen sich an den globalen Gegenmaßnahmen

Millionen junger Menschen sind weltweit im Gesundheitswesen tätig, und im globalen Süden sind sie entsprechend der demografischen Gesamtstruktur noch stärker vertreten. Junge Menschen sind bereits jetzt von den sozioökonomischen Auswirkungen der COVID-19-Bekämpfung mit am stärksten betroffen:

- Mehr als 1,5 Milliarden junge Menschen oder 87 Prozent derer, die weltweit eine Schule oder Universität besuchen, können dies in mehr als 165 Ländern derzeit nicht tun.
- Junge Menschen sind für Angstgefühle und psychische Erkrankungen besonders anfällig.
- Junge Frauen und Mädchen tragen während der Pandemie ein höheres Risiko, Gewalt durch Intimpartner oder andere Formen häuslicher Gewalt zu erfahren.
- Junge Menschen werden stark unter den Folgen einer weltweiten Rezession leiden. Nach der Krise von 2008 erreichte die Jugendarbeitslosigkeit im Vereinigten Königreich rund 21 Prozent, in den Vereinigten Staaten rund 18 Prozent und in Italien 2014 den Rekordwert von 43 Prozent. Durch die Ausbreitung der „Gig-Arbeit“ seit 2008 hat sich die prekäre Lage junger Menschen noch verschärft.
- Mehr als 30 Prozent aller Migrierenden und Flüchtlinge weltweit sind junge Menschen. Sowohl die Pandemie als auch ihre Folgen werden sie unverhältnismäßig hart treffen, sei es durch die Einschränkung der Bewegungsfreiheit, geringere Beschäftigungschancen, zunehmende Fremdenfeindlichkeit oder dergleichen.

Überall auf der Welt schließen sich junge Menschen auf unterschiedlichste Weise dem globalen Kampf gegen COVID-19 an. Sie organisieren Kampagnen zur Sensibilisierung oder zur Förderung des Händewaschens, sie unterstützen freiwillig ältere und schwächere Menschen und leisten ihren Beitrag in der Wissenschaft, auf unternehmerischem Feld und als Kräfte der Innovation.

3. Kleine und mittlere Unternehmen unterstützen

Unternehmen, vor allem kleine und mittlere, benötigen dringend direkte Unterstützung. Regierungshilfen für Unternehmen können den Fluss an essenziellen Vor- und Endprodukten und Dienstleistungen aufrechterhalten. Ferner können spezielle Notfallverfahren für das öffentliche Auftragswesen eingeführt werden, in deren Rahmen gezielt Geschäftschancen für Frauen und Jugendliche ermöglicht werden, und subnationale und kommunale Regierungen können vorübergehend Hilfen und Transfers zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen erhalten. Auch befristete Senkungen von Lohnsteuer- und Sozialversicherungsabgaben und Mehrwertsteuern sowie Steuernachlässe sind zu

erwägen. Schließlich können Zuschüsse und Beihilfen die Bezahlung von Miet-, Pacht- und Nebenkosten, Löhnen und Gehältern und Grunddiensten erleichtern. Der informelle Sektor, unter dem weltweit 80 Prozent aller Unternehmen fallen und der von staatlichen Maßnahmen in der Regel nicht erreicht wird, wird ebenfalls Unterstützung benötigen.

4. Für menschenwürdige Arbeit eintreten

Wirtschaftliche Erholung geht mit sozialer Gerechtigkeit und menschenwürdiger Arbeit einher. Internationale Arbeitsnormen bilden eine bewährte Grundlage für kohärente Politikmaßnahmen, die die Menschenwürde achten und die Wirtschaftserholung auf den in der Agenda 2030 vorgegebenen Zielpfad bringen. Kurzfristig müssen die Subventionierung

von Kurzarbeit und langfristig die Gewährung von Einstellungszuschüssen die Bevölkerungsgruppen erfassen, die am schwersten betroffen sein dürften. Werden junge Menschen unterstützt, sinkt das Risiko, dass eine verlorene Generation entsteht.

5. Bildung unterstützen

Es ist entscheidend, dass die internationale Gemeinschaft die Regierungen nicht nur dabei unterstützt, multimedialen Fernunterricht zur Erhaltung der Bildungskontinuität bereitzustellen, sondern auch dabei, Lehrkräften, Eltern und Betreuungspersonen die Anpassung an den Heimunterricht zu erleichtern. Damit die bestehenden Ungleichheiten im Bildungszugang nicht noch weiter zunehmen, müssen Inklusion und Gerechtigkeit die Leitprinzipien allen Handelns sein. Dies umfasst spezielle Maßnahmen, um den Gesundheits-, Ernährungs- und Lernbedürfnissen der verwundbarsten und marginalisiertesten Kinder und Jugendlichen gleichzeitig gerecht zu werden,

und Politikmaßnahmen zur Bewältigung von Herausforderungen in den Bereichen Netzanbindung und Inhalte. Das Ausmaß dieser Herausforderungen erfordert ein Bündnis öffentlicher und privater Partner, um innovative und gerechte Lösungen für eine Vielzahl unterschiedlicher Kontexte zu entwerfen und zu entwickeln. Diese Lösungen eröffnen auch die Chance, bei der Bewältigung der sich den Ländern stellenden großen Herausforderungen mehrere Stufen zu überspringen und gleichzeitig die Nachhaltigkeitsziele im Auge zu behalten.

6. Den sozialen Zusammenhalt stärken

Kostenloser Zugang zu Bildungs- und Kulturrесourcen wahrt und stärkt den sozialen Zusammenhalt und kann soziale Isolation überwinden helfen. Für Länder, die aufgrund langwieriger Konflikte, wiederholter Naturkatastrophen oder Vertreibung fragil sind, sind Investitionen in den sozialen Zusammenhalt besonders wichtig.

Eine hochwertige Bildung für Kinder und Jugendliche weiter sichern

- Fernunterricht ermöglichen durch i) Zugang zu Darlehen oder Leihgaben von Schulausstattung an Schülerinnen und Schüler und/oder Haushalte, ii) Bereitstellung von Internetanschlüssen und iii) öffentlich-private Partnerschaften zur kostenlosen Bereitstellung von Plattformen und Hilfsmitteln für den Fernunterricht.
- Öffentliche und private Anstrengungen zur Sicherung und zum Ausbau der Netzkapazität und zur Vermeidung von Nachfragespitzen. Regierungen und Betreiber müssen Analysen zur Netzwerknutzung und Notfallpläne haben.
- Digitales Unterrichtsmaterial für Lehrkräfte und Eltern: mehrsprachige, kostenlose Online-Applikationen, die, solange die Schulen geschlossen sind, das Lernen erleichtern und soziale Betreuung und Interaktionen ermöglichen.
- Die Anstrengungen einzelner Länder zur fortgesetzten Bereitstellung einer inklusiven Bildung in unterschiedlichen Kontexten öffentlich machen.
- Wenn die Schulen geöffnet sind: sicherstellen, dass Maßnahmen zur Kontaktvermeidung und die Standards in den Bereichen Hygiene, Lebensmittelsicherheit und -qualität eingehalten werden.
- Wenn die Schulen geschlossen sind: anstelle von Schulspeisung Mahlzeiten zum Mitnehmen verteilen, Nahrungsmittel nach Hause liefern, Bargeld oder Gutscheine ausgeben.

V. PARTNERSCHAFTEN FÜR EINE SCHNELLERE GLOBALE ANTWORT AUF COVID-19

Lokale und nationale Behörden

Kommunalverwaltungen stehen im Kampf gegen die Pandemie an vorderster Front. Ob sie rasch mit den erforderlichen gesundheitlichen und sozioökonomischen Maßnahmen gegensteuern können, ist weitgehend vom politischen Ordnungsrahmen des Landes sowie von ihrer Finanzkraft und ihren Haushaltsbefugnissen abhängig. Zielführende Kommunikation und Abstimmung zwischen lokalen und nationalen Behörden sind für die Durchführung wirksamer Maßnahmen entscheidend. Frauen und junge Menschen nehmen bei diesem Austausch auf lokaler Ebene eine Schlüsselrolle ein.

Mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet können die Kommunalverwaltungen die für die Bevölkerung in der Stadt und auf dem Land vorbeugenden und akuten Maßnahmen umfassend beschleunigen und steuern sowie frühzeitig Aktionspläne zur Ankurbelung des Aufschwungs in Gang setzen. Bevor sie selbst betroffen sind, können Kommunalverwaltungen und städtische Bedienstete von den Erfahrungen der Regierungen lernen, die bereits auf die Pandemie reagiert haben, und bei Einwohnerschaft und Infrastruktur entsprechend vorsorgen.

Während sich die überwiegende Mehrheit der nationalen Regierungen und Kommunalverwaltungen in ihren Planungen auf vorbeugende und akute Maßnahmen konzentriert, werden Bereitschafts- und Maßnahmenpläne dann am erfolgreichsten sein, wenn sie auch Aktionspläne für Auswege aus der Krise und die Erholung danach umfassen.

Weltweite Forschung und Innovation

Wir befinden uns nicht nur in einer Gesundheits-, sondern auch in einer Vertrauenskrise, die mit panischem und irrationalem Verhalten einhergehen

kann. Für einen Ausweg aus der Krise bedarf es erkenntnisgestützter Innovationen und somit einer weltweit umgehend handelnden Forschungs- und Innovationsgemeinde.

Medizinische und technologische Forschung und Innovation sind erforderlich, um die Produktion von wichtiger medizinischer Ausstattung und Tests hochzufahren sowie Impfstoffe und Therapien zu entwickeln und so das Recht aller Menschen auf Gesundheit zu wahren. Regierungen und führende Forschungseinrichtungen sollten an einem Strang ziehen, um die Zusammenarbeit mit den von der WHO geförderten Solidaritätsstudien zu verstärken, im öffentlichen Interesse Daten und Informationen auszutauschen und die Entwicklung mit innovativen Lösungen aus dem Bereich der künstlichen Intelligenz zu beschleunigen

Darüber hinaus kommt der breiteren internationalen Forschungsgemeinschaft im öffentlichen Sektor, an den Hochschulen und in der Privatwirtschaft quer durch alle Sozial- und Naturwissenschaften eine zentrale Rolle bei der Politikgestaltung zu, indem sie die wissenschaftlichen Daten liefert, verbreitet und in verständlicher Sprache erklärt, auf die die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung angewiesen sind, um wirksame Präventivmaßnahmen ergreifen und den Weg aus der Krise sicher und gerecht gestalten zu können. Viele Regierungen greifen auf neue oder bereits bestehende wissenschaftliche Beratungsgremien zurück, um ihre Gegenmaßnahmen anhand aktueller Datenanalysen bewerten zu können. Bedeutende nationale und internationale Geldgeber für den Forschungsbereich sowie philanthropische Organisationen sollten die Vernetzung unterstützen, damit ein solides weltumspannendes Forschungsfundament entsteht, auf das die internationale Kooperation aufbauen kann.

Zivilgesellschaftliche und kommunale Organisationen

Zivilgesellschaftliche, basisdemokratische, kommunale und religiöse Organisationen spielen auf lokaler Ebene eine zentrale Rolle. In dem Bemühen um den Schutz der exponiertesten Bevölkerungsgruppen sorgen sie dafür, dass wirtschaftsfördernde und existenzsichernde Maßnahmen auf lokaler Ebene ankommen und an die Verhältnisse vor Ort angepasst werden.

In vielen Teilen der Welt bieten diese Organisationen Einzelpersonen und ganzen Familien die wichtigste, wenn nicht sogar einzige Orientierung in der COVID-19-Pandemie. Sie dienen als Hauptkommunikationskanäle für Gesundheitsauflagen, Hygienepraktiken und Quarantänemaßnahmen. Sie erbringen Leistungen der öffentlichen Hand, indem sie beispielsweise gefährdete und am Existenzminimum lebende Einzelpersonen und Familien mit Essen und medizinischer Hilfe versorgen und sich um ausreichend Handwaschgelegenheiten in Vierteln mit einer hohen Dichte wie Slums und informellen Siedlungen kümmern.

Mit bescheidenen Mitteln operierende Frauenorganisationen stehen vor Ort oftmals an vorderster Front, wenn es darum geht, diejenigen zu unterstützen, die am meisten unter den wirtschaft-

lichen Auswirkungen der Krise leiden, sowie dafür zu sorgen, dass Notunterkünfte für Opfer häuslicher Gewalt geöffnet bleiben und Frauen in Gesundheitskampagnen gezielt einbezogen werden. Um diese Organisationen zu unterstützen, müssen Fonds wie der Frauenfonds der Vereinten Nationen für Frieden und humanitäre Hilfe oder der Treuhandfonds der Vereinten Nationen zur Beendigung der Gewalt gegen Frauen ausgeweitet und aufgestockt werden. Die Fortsetzung des laufenden Dialogs und Informationsaustauschs mit bestehenden Netzwerken bleibt von elementarer Bedeutung. Gleichzeitig müssen weitere zivilgesellschaftliche Partner, die sich in der COVID-19-Krise engagieren, gefunden und einbezogen werden.

Zivilgesellschaftliche Organisationen tragen während des Kontaktverbots auch zur Wahrung des sozialen Zusammenhalts zwischen Einzelpersonen und Familien bei. Kirchen und Gemeinschaftszentren bieten virtuelle Gottesdienste, Fortbildungen und Beratungsstunden an und kommunizieren regelmäßig über Telefon, SMS und Internet, um den Gemeinschaftssinn zu fördern und der Vereinsamung entgegenzuwirken.

Jugendnetzwerke und Fürsprecher in den sozialen Medien fördern Eigenverantwortung und Engagement auf neue Weise.

VI. WIR WERDEN DIESE HUMANITÄRE KRISE ÜBERWINDEN UND GESTÄRKT AUS IHR HERVORGEHEN

Wir müssen die Gelegenheit nutzen, die sich uns bei der Bewältigung dieser Krise bietet, um daraus gestärkt hervorzugehen und unsere Gesellschaften auf nachhaltige Weise zukunftsfähig zu gestalten.

Diese Krise zwingt uns alle dazu, schwierige Entscheidungen zu treffen. Wenn wir diese Entscheidungen aber gemeinsam treffen, lassen sie sich einfacher erklären und ertragen. Bei einem abgestimmten Vorgehen der Regierungen wird die Bevölkerung den getroffenen Maßnahmen vertrauen und sich an beschwerliche Auflagen halten.

Wenn wir diese Krise überwunden haben, stehen wir vor der Wahl: Kehren wir zurück zu der Welt, wie wir sie kannten, oder gehen wir entschieden gegen die Probleme vor, die uns gegenwärtig und zukünftig allesamt unnötig krisenanfällig machen? Alle Maßnahmen, die wir während und nach dieser Krise ergreifen, müssen vehement auf den Aufbau gerechterer und inklusiverer Gesellschaften ausgerichtet sein, die widerstandsfähiger gegenüber Pandemien, dem Klimawandel und den vielen weiteren Herausforderungen sind, denen wir uns gegenübersehen.

Wir wissen ja bereits, welche Schritte wir unternehmen müssen. Sie sind im globalen Fahrplan für die Zukunft festgelegt – der Agenda 2030, den Zielen für nachhaltige Entwicklung und dem Klimaübereinkommen von Paris. Die Länder müssen die Umsetzung dieser gemeinsamen Verpflichtungen konsequent fortsetzen und dabei insbesondere in die Bevölkerung, Gesundheitssysteme und soziale Sicherung investieren und die Gelegenheit zum Aufbau einer umweltfreundlicheren und inklusiveren Wirtschaft ergreifen. Die genannten Ziele stehen bei der Bekämpfung der Pandemie und dem Weg aus der

Krise als Paten bereit und legen den Grundstein für widerstandsfähige Menschen und Gesellschaften.

Im Umgang mit der aktuellen Krise gilt es, Lehren aus der Geschichte zu ziehen, damit die Länder in Zukunft besser gerüstet sind. Es ist offensichtlich, dass die Welt ihren Ansatz und ihre Architektur im Bereich der Pandemie-Vorsorge von Grund auf ändern muss. Schätzungen der WHO zufolge müssen in den 67 Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen in den nächsten 5 Jahren 100 Milliarden Dollar in die Prävention und Vorbereitung auf die nächste Pandemie sowie in den Aufbau eines vernetzten Globalen Gesundheitsnotstandssystems investiert werden, in dem Daten, Fachkräfte und Versorgungsgüter erfasst werden. Zudem müssen die Länder ihre Ausgaben im Bereich der medizinischen Grundversorgung um mindestens 1 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts erhöhen, damit eklatante Versorgungslücken geschlossen und die 2015 vereinbarten Gesundheitsziele weltweit erreicht werden können. Diese Maßnahmen sind unerlässlich.

Die aktuelle Krise hat verdeutlicht, wie prekär die aktuelle Weltwirtschaftslage für viele Menschen ist. Milliarden von Menschen profitieren entweder gar nicht – die 700 Millionen, die in extremer Armut leben und die 1,3 Milliarden ohne Zugang zu einer Grundversorgung – oder haben keinen gerechten Anteil daran.

Die Krise sollte uns in unserer Entschlossenheit zur Bekämpfung jeglicher Form und Ausprägung von Ungleichheit bestärken. Nach der letzten globalen Finanzkrise sind die Einkommensunterschiede weltweit noch schneller gewachsen als zuvor. Es ist daher unerlässlich, die intensiven Bemühungen nach der aktuellen Krise genauso vehement fortzusetzen, um

die Einkommen und Interessen der Schwächeren und Armen zu schützen und alles daranzusetzen, die Armut insgesamt zu beenden und Ungleichheiten abzubauen.

Menschen auf der ganzen Welt müssen ihren Regierungen wieder vertrauen können. Sobald wir diese Krise überwunden haben, sollte unser oberstes Ziel nicht nur darin bestehen, die Kinder wieder in die Schule zu schicken, die wegen COVID-19 aus dem Unterricht entlassen wurden, sondern auch die 258 Millionen Kinder zu erreichen, die das ganze Jahr über nicht zur Schule gehen können. Ebenso sollten wir es nicht dabei belassen, das Einkommen der von dieser Krise Betroffenen zu sichern, sondern soziale Sicherungssysteme aufbauen, die allen ein Grundeinkommen garantieren. Bauen wir unsere Systeme so wieder auf, dass sie Frauen und Männern mehr Möglichkeiten und gleiches Fortkommen bieten. Begnügen wir uns nicht damit, dass die Menschen sich während dieser Krise die Hände gewaschen haben, sondern stellen wir sicher, dass die 40 Prozent der Weltbevölkerung, die derzeit ohne Zugang zu Wasser- und Sanitärversorgung leben, dauerhaften Zugang zu einer solch grundlegenden Hygienemaßnahme haben.

Diese Krise zeigt auch in aller Deutlichkeit auf, wie unzureichend die weltweiten Maßnahmen im Kampf gegen den Klimanotstand und den Verlust der biologischen Vielfalt sind. Obwohl sich die Länder verpflichtet haben, den weltweiten Temperaturanstieg auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, steuert die Welt weiterhin auf eine gefährliche Erderwärmung um 3 Grad zu. Selbst die aktuellen Werte führen weltweit zu nie dagewesenen stark aufgeladenen Tropenstürmen, Temperaturen in Rekordhöhe, einer raschen Zunahme von Entwaldung, Dürren und Naturbränden und immer düsteren Prognosen für den Anstieg des Meeresspiegels. Von den Folgen – beträchtlichem Verlust von Menschenleben und Existenzgrundlagen, Schäden in Milliardenhöhe –

sind die Ärmsten und Schwächsten überproportional stark betroffen.

Die Ironie, die in dem Emissionsrückgang und der Luftverbesserung als Folgen der Krise steckt, ist wohl niemandem entgangen, denn nicht zuletzt haben Entwaldung, Verschmutzung und der Verlust der biologischen Vielfalt alle zur Ausbreitung des Virus beigetragen. Deshalb dürfen die Politikmaßnahmen und Investitionen, die die Regierungen zur Bewältigung der COVID-19-Krise in die Wege leiten, die Luftverschmutzung und den Klimanotstand keinesfalls verschärfen. Nach den Schätzungen des Berichts *New Climate Economy*⁴ könnten Investitionen in mutige Klimaschutzmaßnahmen bis 2030 netto einen weltweiten wirtschaftlichen Nutzen in Höhe von mindestens 26 Billionen Dollar bringen, einschließlich 65 Millionen neuer Arbeitsplätze. Auch wenn diese Zahlen aufgrund der Auswirkungen der Pandemie womöglich berichtigt werden, so gilt es doch, diese Chance bei der Wiederankurbelung der Konjunktur unbedingt zu nutzen. Dieses Jahr bleibt entscheidend dafür, ob wir bei der Eindämmung des Klimanotstands und beim Artenschutz vorankommen.

Zu guter Letzt hat die Krise aber auch mehr Menschlichkeit, Solidarität, Einigkeit und Entschlossenheit zutage gefördert und damit etwas, das uns im 21. Jahrhundert sowohl in den einzelnen Staaten und Gemeinden als auch über die ganze Welt in all ihrer Diversität hinweg zunehmend abhandengekommen ist. Die Welt nach COVID-19 muss diesen Geist und diese Energie bewahren. Sie müssen zum Zeitgeist unserer Epoche werden – nicht, weil diese Werte dem Unilateralismus oder Isolationismus vorzuziehen sind, sondern weil wir in dieser Welt nur so zusammenleben können – in Sicherheit, Freiheit, Gesundheit, Wohlstand und im Einklang mit dem Planeten.

⁴ Global Commission on the Economy and Climate, *The New Climate Economy*, 2020.

AUFRUF ZUM HANDELN

Die COVID-19-Pandemie ist ein Wendepunkt für die moderne Gesellschaft. Die Geschichte wird die Wirksamkeit unseres Handelns nicht nach den Maßnahmen beurteilen, die verschiedene Regierungen und staatliche Akteure getrennt voneinander getroffen haben, sondern danach, wie das Handeln weltweit und in allen Bereichen zum Wohle der Menschheit koordiniert wurde.

Die Präsenz der Vereinten Nationen in den einzelnen Staaten dieser Welt bietet die Chance, den Kampfgeist der Weltgemeinschaft so zu stärken und zu bündeln, dass die Pandemie gestoppt werden kann.

Wenn wir richtig handeln, kann die COVID-19-Pandemie unsere gegenwärtige Gesellschaft in eine Welt verwandeln, in der wir heutige und künftige Generationen schützen. Die Menschheit steht vor der größten Bewährungsprobe seit der Gründung der Vereinten Nationen. Um sie zu bestehen, müssen alle Akteure – Regierungen, Hochschulen, Unternehmen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen, zivilgesellschaftliche Organisationen, Gemeinden und jede und jeder Einzelne – solidarisch handeln und neue, kreative und gezielte Möglichkeiten finden, die dem größeren Gemeinwohl dienen und auf den zentralen Werten der Vereinten Nationen aufbauen, die wir für die Menschheit wahren.

Die Gruppe der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung führt in gemeinsamer Abstimmung und Solidarität mit den Ländern diese Maßnahmen zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie durch.

DPPA

Hauptabteilung Politische Angelegenheiten und Friedenskonsolidierung

FAO

Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen

IAEO

Internationale Atomenergie-Organisation

ICAO

Internationale Zivilluftfahrt-Organisation

IFAD

Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung

ILO

Internationale Arbeitsorganisation

IMO

Internationale Seeschiffahrts-Organisation

IOM

Internationale Organisation für Migration

ITC

Internationales Handelszentrum UNCTAD/WTO

ITU

Internationale Fernmeldeunion

IWF

Internationaler Währungsfonds

OCHA

Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten

OHCHR

Hohes Kommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte

UN DESA

Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten

UN ECA

Wirtschaftskommission für Afrika

UN ECLAC

Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik

UN ESCAP

Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik

UN ESCWA

Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien

UN PBSO

Büro der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung

UN Women

Einheit der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Stärkung der Frauen

UN-Habitat

Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen

UNAIDS

Gemeinsames Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids

UNCDF

Kapitalentwicklungsfonds der Vereinten Nationen

UNCTAD

Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen

UNDP

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen

UNDRR

Büro der Vereinten Nationen für die Verringerung des Katastrophenrisikos

UNECE

Wirtschaftskommission für Europa

UNEP

Umweltprogramm der Vereinten Nationen

UNESCO

Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur

UNFPA

Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen

UNHCR

Hohes Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen

UNICEF

Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen

UNIDO

Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung

UNODC

Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung

UNOPS

Büro der Vereinten Nationen für Projektdienste

UNRWA

Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten

UNV

Freiwilligenprogramm der Vereinten Nationen

UNWTO

Weltorganisation für Tourismus

WFP

Welternährungsprogramm

WHO

Weltgesundheitsorganisation

WIPO

Weltorganisation für geistiges Eigentum

WOM

Weltorganisation für Meteorologie

WPU

Weltpostverein